



Europa Newsletter

Sabine Verheyen

Ihre CDU-Europaabgeordnete

Dezember 2020

*Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie
in diesen Tagen besonders Gesundheit,
aber auch ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest
und alles erdenklich Gute für das Jahr 2021!*

Trilog-Einigungen

Gleich vierfach gute Nachrichten: Einigung bei EU-Programmen „Erasmus+“, „Kreatives Europa“ und „Europäischer Solidaritätskorps“ und „Horizont Europa“

Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Erasmus+ ist eine EU-Erfolgsgeschichte, die wir nun fortschreiben können. 2,2 Milliarden Euro zusätzlich konnte das Europaparlament in den Verhandlungen zum nächsten EU-Mehrjahreshaushalt durchsetzen. Insgesamt stehen mehr als 26 Milliarden Euro für die kommenden sieben Jahre (2021-2027) zur Verfügung. Zum Vergleich: Im alten Programm waren es 14,7 Milliarden Euro. Als EU-Parlament haben wir zudem durchgesetzt, dass der Zugang zu Erasmus+ für diejenigen verbessert wird, die bisher schlechte bis keine Teilnahmemöglichkeiten hatten. Erasmus+ ist schon lange weit mehr als nur der europäische Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Jugendlichen.

Auf Initiative des Europaparlaments gibt es zukünftig bessere Möglichkeiten für erwachsene Lernende sowie ein spezifisches Kapitel zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen, samt zusätzlicher Zuschüsse. Zudem werden die drei erfolgreich angelaufenen EU-Pilotprojekte seit 2018 DiscoverEU, die Zentren für berufliche Exzellenz und die Europäischen Universitäten nun angemessen unter Erasmus+ finanziert und fortgeführt.

[Erfahren Sie hier mehr über das neue Erasmus+ Programm.](#)

Kreatives Europa für den Kultur-, Kreativ- und Mediensektor

Der kulturelle und kreative Sektor sowie die Film- und Medienbranche sind leider besonders hart von der Corona-Krise getroffen worden. Umso erfreulicher ist es in meinen Augen daher, dass Parlament und Rat sich am Montag auf das neue Programm „Kreatives Europa“ für die nächsten sieben Jahre geeinigt haben. Das zukünftige Programm ist eine hervorragende Nachricht für die europäische Kultur- und Kreativbranche. Wir konnten mehr Mittel für die Kultur- und Kreativbranche sichern und können nun 2,2 Milliarden Euro an Unterstützung bereitstellen, mehr als je zuvor. Im alten Programm waren es 1,46 Milliarden Euro. Dies ist nicht nur eine symbolische Anerkennung der Bedeutung der Kultur, sondern wird es uns ermöglichen, mehr Projekte zu finanzieren und dem Sektor zu helfen, sich von den Folgen der COVID-19-Pandemie zu erholen.

[Hier finden Sie die Pressemitteilung des EU-Parlaments zum neuen Programm „Kreatives Europa“.](#)

Europäisches Solidaritätskorps

Die politische Einigung über das zukünftige Europäische Solidaritätskorps, über das beispielsweise Freiwilligenaktivitäten und Praktika gefördert werden können, ist eine hervorragende Nachricht für junge Menschen in der EU und darüber hinaus. Mehr als eine Milliarde Euro sind im zukünftigen Programm vorgesehen. In den Verhandlungen hat das EU-Parlament viele Vorteile für die Freiwilligen sichern können:

Mit dem Europäischen Solidaritätskorps sind wir nun in der Lage, eine höhere Qualität der Freiwilligenaktivitäten zu garantieren. Die Aufnahmeorganisationen müssen die Qualität der angebotenen Aktivitäten nachweisen, wobei der Schwerpunkt auf dem Lernen und dem Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen liegt. Dem Parlament ist es auch gelungen, Zielgruppen besser zu schützen. Für Freiwillige, die mit Kindern und Menschen mit Behinderungen arbeiten, wird eine Sondergenehmigung erforderlich sein. Dank des Parlaments müssen die Kommission und die Mitgliedsstaaten zudem darlegen, wie sie Menschen mit geringeren Möglichkeiten einbeziehen wollen. Junge Menschen sollten in meinen Augen die Möglichkeit haben, sich in ihrem eigenen Land freiwillig zu engagieren, insbesondere solche mit geringeren Möglichkeiten. Da humanitäre Einsätze besondere Herausforderungen mit sich bringen, bestand das EU-Parlament zudem darauf, dass die Altersgrenze für Freiwillige in der humanitären Hilfe auf 35 Jahre angehoben wird, mit der Möglichkeit, Experten und Coaches ohne Altersgrenze einzustellen. Unter dem neuen Europäischen Solidaritätskorps wird die Freiwilligenarbeit in Europa zudem grüner. So werden die Programme später unter Berücksichtigung ihres Beitrags zu den Klimazielen der EU bewertet, wie z.B. die Wahl klimaneutraler Transportmittel. Solidarität ist einer der Grundwerte der EU. Das Europäische Solidaritätskorps ist in meinen Augen somit ein klares Bekenntnis zu einem sozialen Europa.

[Erfahren Sie hier mehr über das neue Europäische Solidaritätskorps.](#)

EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“

Die Trilogieeinigung zum neuen EU-Forschungsrahmenprogramm ab 2021 ist ein starkes Signal für die Europäische Wissenschaft und Forschung. Nach langen Verhandlungen haben wir als EU-Parlament ein ambitioniertes und ausbalanciertes Programm sowohl für die Grundlagenforschung als auch die thematische Forschung erreichen können. Eine zusätzliche Milliarde Euro wird dem Europäischen Forschungsrat zur Verfügung gestellt. Nie zuvor gab es einen größeren EU-Forschungshaushalt für digitale Themen. Erstmals gibt es ein spezifisches Forschungsbudget für die Kultur- und Kreativindustrie. Mit dieser Einigung stärkt die EU die akademische Freiheit und die Innovationsfähigkeit Europas.

[Erfahren Sie hier mehr über das zukünftige Programm.](#)

Aus dem Plenum

Rückblick EU-Gipfel vom 10./11. Dezember

Die Einigung des Europäischen Rates zum EU-Mehrjahreshaushalt und EU-Wiederaufbauprogramm ist ein Erfolg für Angela Merkel und die von ihr angeführte deutsche Ratspräsidentschaft. Der langjährigen Erfahrung und dem Verhandlungsgeschick der Kanzlerin ist es zu verdanken, dass Ungarn und Polen ihr Veto aufgegeben haben. Europa hat gezeigt, dass es in dieser schwierigen Krise zusammensteht und Lösungen findet, wenn alle zum Kompromiss bereit sind.

Die Gipfel-Einigung ist auch ein Erfolg für das Europaparlament, das von Beginn an auf die nun auch durch die Staats- und Regierungschefs bestätigte Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität bestanden hat. Es ist das richtige Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen. Die Möglichkeit den Mechanismus vor dem EuGH prüfen zu lassen, verzögert zwar den Prozess, schafft aber am Ende des Tages Rechtssicherheit und beendet leidige Debatten, wie wir sie nun lange mit Polen und Ungarn hatten.

Ab 2021 wird die Auszahlung von EU-Geldern sowie die Kontrolle über die ordnungsgemäße Übermittlung von Eigenmitteln nun an rechtsstaatliche Grundprinzipien geknüpft. Von da an können Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die die Solidität der Haushaltsführung und europäische Finanzinteressen tangieren, wirksam sanktioniert werden.

Auch die nachträgliche Erklärung des Rates ändert daran nichts, die geprägt vom Veto Polens und Ungarns eine einschränkende Auslegung verlangt. Rechtlich ist diese Erklärung nicht bindend und kann daher die getroffenen Vereinbarungen nicht rückwirkend begrenzen oder abändern. Es gilt ausschließlich der vereinbarte Rechtstext.

[Erfahren Sie hier mehr über das EU-Gipfelergebnis.](#)

KMU-Strategie

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ich halte es daher für unheimlich wichtig, dass KMU endlich in den Mittelpunkt unserer Politik rücken. Wir brauchen in Europa echte Entlastungen und Unterstützung für den Mittelstand. Dazu gehört in erster Linie der Abbau von Bürokratie. Die Kommission muss so schnell wie möglich, spätestens aber bis Juni 2021, ein ehrgeiziges verbindliches Ziel zur Verringerung des Verwaltungsaufwands vorlegen. Wir brauchen auch endlich einen KMU-Test in den Folgenabschätzungen für neue EU-Gesetze. Dieser Test soll die Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen auf KMU bewerten. Auch hier ist das Ziel, unnötigen administrativen oder regulatorischen Aufwand zu vermeiden.

Als EVP-Fraktion setzen wir uns zudem dafür ein, dass die EU-Kommission eine separate Definition für mittelgroße Unternehmen prüft. Das ist wichtig für die vielen mittelständischen Unternehmen, die mehr als 249 Mitarbeiter haben und damit knapp aus der Definition für KMU und den damit einhergehenden vereinfachten Regeln und Bürokratieentlastungen rausfallen. Gerade zur Erholung nach der Pandemie brauchen wir Maßnahmen, die KMUs deutlich stärken.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Überarbeitung der Trinkwasser-Richtlinie

Wasser ist unser Lebenselixier. 20 Jahre nach Inkrafttreten der ersten Trinkwasser-Richtlinie war es an der Zeit, die Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe zu aktualisieren und zu verschärfen. Für uns als CDU/CSU-Gruppe ist es wichtig, dass die neue Richtlinie unser Trinkwasser noch sicherer macht und neuauftkommende Schadstoffe berücksichtigt. Es ist deshalb gut, dass neue Regeln für Mikroplastik sowie strengere Grenzwerte für Blei und endokrine Disruptoren wie Bisphenol A festgelegt worden sind. Letztere können eine echte Bedrohung für die menschliche Gesundheit darstellen.

Mit den vereinbarten Regeln machen wir als EU auch einen wichtigen Schritt, um auf die erste erfolgreiche Bürgerinitiative von mehr als 1,8 Millionen Europäern zu reagieren. Diese Initiative, auch bekannt unter „Right2Water“, zielt auf einen besseren Zugang zu sauberem Trinkwasser für alle Europäer ab und wird nun als erste erfolgreiche Initiative ihrer Art in Gesetzesform gegossen.

So ist beispielsweise vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten Wasser in öffentlichen Gebäuden kostenlos bereitstellen. Es soll an vielen öffentlichen Stellen Trinkwasserbrunnen geben. Restaurants müssen hingegen kein Leitungswasser umsonst oder für einen geringen Preis abgeben. Wir konnten erfolgreich verhindern, dass die EU dies den Restaurantbesitzern vorschreibt.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

EU-Parlament verleiht Sacharow-Preis für geistige Freiheit an die demokratische Opposition in Belarus

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, den das EU-Parlament jedes Jahr verleiht, geht 2020 an die demokratische Opposition in Belarus. In seiner Plenarsitzung hat das EU-Parlament diese Woche den Preis verliehen.

„Mit der Verleihung des Sacharow-Preises wollen wir als EU-Parlament den Mut, die Widerstandsfähigkeit und die Entschlossenheit der belarussischen Opposition würdigen. Mit außerordentlichem Einsatz kämpft die Opposition für einen demokratischen Wandel in ihrem Land. Als EU-Parlament unterstützen wir die Opposition in ihrem Bemühen um Demokratie und Menschenrechte“, sagt die Europaabgeordnete Sabine Verheyen (CDU).

Seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 9. August, die zu einem Aufstand gegen den autoritären Präsidenten Alexander Lukaschenko und einem anschließenden brutalen Vorgehen des Regimes gegen Demonstranten führten, befindet sich Belarus in einer politischen Krise. Die demokratische Opposition in Belarus wird vertreten durch den Koordinierungsrat, eine Initiative mutiger Frauen sowie prominenter Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft.

„Es ist ein wichtiges Signal, dass der Sacharow-Preis in diesem Jahr an die demokratische Opposition in Belarus geht. Damit bestärken wir die belarussischen Bürgerinnen und Bürger in ihrem friedlichen, aber entschlossenen Aufstand gegen den Wahlbetrug des alten Regimes. Durch die Auszeichnung mit dem Sacharow-Preis zeigen wir dem belarussischen Volk, dass Europa an seiner Seite steht“, so Verheyen abschließend.

[Lesen Sie hier meine Pressemitteilung weiter.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)